

Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 18 | April 2015



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

TiSA-Abkommen



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

2015 steht ganz im Zeichen der Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Hierzu informiere ich in dieser Ausgabe meines Infomagazins.

Vor einigen Tagen habe ich ein Flüchtlingslager in Charmanli, Bulgarien besucht. Hierzu schildere ich meine Eindrücke und zeige sozialdemokratische Forderungen für eine bessere europäische Flüchtlingspolitik auf. Weitere Texte beschäftigen sich mit der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Beruf sowie mit dem geplanten multilateralen Freihandelsabkommen TiSA.

Wie gehabt berichte ich über Termine im Europäischen Parlament und vor Ort sowie über Besuchergruppen in Straßburg und Brüssel.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

Herzliche Grüße

Ihre Birgit Sippel

Im Schatten von CETA und TTIP

68 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU sind im Dienstleistungssektor beschäftigt, über 29 Millionen Menschen alleine in Deutschland. Die EU ist weltweit der größte Exporteur von Dienstleistungen. 2013 haben die EU und 22 weitere Staaten Gespräche für ein internationales Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, TiSA, aufgenommen. China hat im Oktober 2013 sein Interesse an einem Beitritt zu den Verhandlungen bekundet, dieses wird von der EU unterstützt. Derzeit ist die Beteiligung Chinas an den Verhandlungen aber noch unklar. Ziele des Abkommens sind die stärkere Liberalisierung des Dienstleistungssektors, aber auch die Anpassung des bestehenden GATS-Abkommens der WTO (Welthandelsorganisation) über den Handel mit Dienstleistungen an das Internetzeitalter und das 21. Jahrhundert. Für die EU sitzen Vertreter der Europäischen Kommission am Verhandlungstisch.

TiSA steht derzeit weniger im öffentlichen Fokus als das geplante EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP. Allerdings wurden in Deutschland bereits Befürchtungen laut, dass geplante Regelungen des Abkommens im Bereich Finanzdienstleistungen auch die Sparkassen betreffen könnten. Für uns Sozialdemokraten ist klar: Das deutsche Sparkassenmodell darf durch TiSA nicht in Frage gestellt werden. Absprachen im Bereich Finanzdienstleistungen dürfen nicht im Widerspruch zu den jüngsten EU-Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte und -produkte stehen. Auch mit Blick auf mögliche Auswirkungen auf öffentliche

Dienstleistungen und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (gemäß den EU-Verträgen) einschließlich Daseinsvorsorge werden wir die Abkommenstexte besonders kritisch prüfen. Die strikten Ausnahmen der Bereiche Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung und Abfallwirtschaft, die die EU in allen ihren bisherigen Handelsabkommen verankert hat, sollen auch in TiSA gewahrt bleiben. Zudem fordern wir für die Verhandlungen zu TiSA mehr Transparenz ein. Auf Druck des Europäischen Parlaments und der Öffentlichkeit hat die Europäische Kommission im Juli 2014 Offerten der EU und Konzeptpapiere zu TiSA veröffentlicht. Wir fordern aber auch die Offenlegung der Dokumente der Verhandlungspartner.

Absprachen im Bereich Telekommunikationsdienste müssen EU-weite Standards zum Datenschutz berücksichtigen. Ohne eine Verabschiedung des EU-Datenschutzreformpakets, das derzeit vom Rat blockiert wird, darf es keine Regelungen über Datenströme im Rahmen eines TiSA-Abkommens geben. Audiovisuelle und kulturelle Dienstleistungen sollen vom Abkommen ausgeschlossen sein. Bestehende nationale Arbeitnehmerrechte und soziale Standards müssen auch für diejenigen gelten, die im Rahmen zeitweiliger Einsätze Dienstleistungen im Ausland bereitstellen.

Das TiSA-Abkommen kann wie alle EU-Handelsabkommen nur mit Zustimmung des Europäischen Parlaments in Kraft treten. Wir Sozialdemokraten drängen darauf, dass sämtliche Fragen und kritischen Punkte in den kommenden Verhandlungsrunden zu unserer Zufriedenheit geklärt werden und machen davon unsere Zustimmung zu einem Abkommen abhängig.

Internationaler Frauentag

Auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Frauen im Beruf

Am 8. März wurde bereits zum 104. Mal der Internationale Frauentag begangen. An diesem Tag finden traditionell zahlreiche Veranstaltungen von Frauen und für Frauen statt. Verschiedene Organisationen setzen sich für Gleichberechtigung sowie für die Rechte von Frauen und gegen Diskriminierung ein. Auch ich habe wieder eine Veranstaltung durchgeführt und dieses Mal nach Meschede eingeladen. Dabei ging es um Fortschritte und weiter bestehende Benachteiligungen für Frauen im Beruf.

Frauen sind nach wie vor in allen Phasen des Berufslebens benachteiligt – von der Ausbildung, über Studium bis zum Beruf. Beginnend mit der Auswahl traditionell weiblicher Ausbildungsberufe, in denen sowohl die Ausbildungsvergütung als auch das spätere Einkommen vielfach niedriger ist als in traditionell männlichen Berufen. Darüber hinaus erhalten junge Frauen

weniger oft eine Anschlussbeschäftigung in ihrem Ausbildungsbetrieb als junge Männer.

Nach Familiengründung arbeiten Frauen zumeist in Teilzeit oder in sogenannten Minijobs; ein nicht geringer Teil geht keiner Berufstätigkeit nach, während die Partner in Vollzeit arbeiten. Minijobs werden oft von Frauen genutzt, um das Familieneinkommen aufzubessern, doch sind sie mit Blick auf eine steigende Altersarmut kritisch zu sehen.

Von einer Entgeltgleichheit sind wir in Europa, aber insbesondere in Deutschland, noch weit entfernt: Frauen verdienen europaweit rund 16 Prozent weniger als Männer, in Deutschland beträgt der Lohnunterschied sogar rund 22 Prozent.

In gut bezahlten Führungspositionen sind Frauen nach wie vor kaum vertreten. Da-



her hat sich das Europäische Parlament bereits im November 2013 für die Einführung einer Geschlechterquote ausgesprochen. Der Bundestag hat Anfang März der Einführung einer Quote für Aufsichtsräte der rund 100 größten deutschen Unternehmen ab 2016 zugestimmt. Ein Anfang: In Zukunft muss genau beobachtet werden, wie die Vorgaben insbesondere auf Arbeitgeberseite umgesetzt werden.

Weitere Maßnahmen zur Schaffung von Gleichberechtigung müssen folgen – nicht nur auf europäischer und Bundesebene, sondern insbesondere auch in den Kommunen, z. B. durch den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten.

Besuch in Bulgarien

Ende März habe ich meine bulgarische Kollegin Iliana Iotova besucht, um mir ein Bild von der Flüchtlingssituation vor Ort zu verschaffen. Als Mitte 2013 die Asylbewerberzahlen plötzlich von 1.300 im Vorjahr auf über 7.000 anstiegen, war Bulgarien schlecht vorbereitet. Das Land hatte kaum Erfahrung mit der Aufnahme von Flüchtlingen und war mit der Aufgabe zunächst überfordert, wie auch ein Bericht der UN-Flüchtlingsagentur UNHCR von Anfang 2014 zeigt.

Seitdem sind fast zwei Jahre vergangen. Das europäische Asylunterstützungsbüro hat geholfen, Asylexperten auszubilden und die Europäische Kommission hat Notfallhilfen zur Verfügung gestellt, um Aufnahmebedingungen zu verbessern.

Während meines Besuchs habe ich nicht nur die Grenzanlage bei Svilengrad, sondern auch das geschlossene Erstaufnahmezentrum in Elhovo, sowie das Asylbewerberheim in Charmanli besucht. Natürlich sind die Standards nicht mit denen in Deutschland zu vergleichen und gerade bei meinem Besuch des „geschlossenen“ Zentrums in Elhovo war ich schockiert, auch Familien hinter Gitter zu sehen. Mir wurde dann versichert, dass besonders schutzbedürftige Gruppen, wie alleinstehende Mütter und Jugendliche, sofort in offene Zentren unter dem Management der nationalen Flüchtlingsagentur (SAR) verlegt werden. Die restlichen Asylbewerber,

vor allem junge Männer, müssen einen Sicherheitstest durchlaufen, bevor sie nach maximal sieben Tagen in ein normales Aufnahmezentrum kommen.

Eines ist mir jedoch bei aller Kritik positiv aufgefallen: Alle meine Gesprächspartner, ob der Direktor in Elhovo, der Bürgermeister von Charmanli oder der Leiter des dortigen Aufnahmezentrums, sind mit den Problemen vor Ort sehr transparent umgegangen. Sie haben auf noch existierende Mängel hingewiesen und Willen gezeigt, die Situation weiter zu verbessern. Nun ist Bulgarien der ärmste Mitgliedstaat in der EU und die europäischen Mittel, die dem Land über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds für die nächsten sieben Jahre zustehen, sind mit 10 Millionen Euro unzureichend. Vor allem, weil die Berechnung der Mittel auf Durchschnittswerten der Jahre beruhen, in denen die Flüchtlingszahlen noch deutlich geringer waren.

Mein Besuch in Bulgarien hat noch einmal bekräftigt: Wir brauchen für die Flüchtlingsfrage europäische Antworten. Es kann nicht sein, dass formal nach der Dublin-Regelung weiter nur die Einreisestaaten für Asylanträge verantwortlich sind. Flüchtlinge und Asylbewerber müssen gleichmäßig auf alle Mitgliedstaaten verteilt werden. Auch die finanziellen Herausforderungen müssen von allen gemeinsam geschultert werden. Deshalb unterstütze ich auch die Forderung der bulgarischen Vertreter, durch zusätzliche Notfallunterstützung und den gezielten Einsatz von Regionalfonds die Situation von Flüchtlingen vor Ort weiter zu verbessern.

Europäisches Jahr für Entwicklung



unsere Welt
unsere Würde
unsere Zukunft

Das diesjährige Europäische Jahr steht im Zeichen der Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten und trägt das Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“. Ziele des Jahres sind a) die Information der europäischen Bürgerinnen und Bürger über die Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten, b) die Förderung direkter Beteiligung, kritischen Denkens und aktivem Interesses der Bürger an der Entwicklungszusammenarbeit sowie c) die Bewusstseinsbildung zu den Vorteilen der europäischen Entwicklungszusammen-

arbeit nicht nur bei den „Empfängern“, sondern auch bei den europäischen Bürgerinnen und Bürgern; das Verstehen der Zusammenhänge und der Politikkoherenz für Entwicklung stehen dabei ganz oben auf der Prioritätenliste.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind der größte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe. In 2013 haben sie zusammen Hilfen in Höhe von 56,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Dies entspricht 52 Prozent der weltweit im Laufe des Jahres gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe. Hilfen können in verschiedenen Formen zur Verfügung gestellt werden: z. B. in Form von Projekten, Zuschüssen, durch Auftragsvergabe oder als Hilfeleistung für bestimmte Sektoren der Partnerländer wie Energie, Landwirtschaft oder Bildung.

In 2015 läuft die Frist für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele aus; ein neues globales Rahmenwerk für die Zeit nach 2015 soll verhandelt werden. Im Mittelpunkt der in 2000 beim UN-Gipfel vereinbarten Millenniums-Ziele stehen nicht nur die Bekämpfung von Armut und Hunger sondern auch die Ermöglichung von Grundschulbildung für alle, Senkung von Kindersterblichkeit, Bekämpfung von Aids, Malaria und anderen Krankheiten und Verbesserung der Gesundheit von Müttern, Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter sowie Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Entwicklung sind verschiedene Aktionen wie Anhörungen, Besuche von Prominenten und in Zusammenarbeit mit nationalen Parlamenten geplant. Zentraler Ansprechpartner für entwicklungspolitisches Engagement in Deutschland ist „Engagement Global“, das im Auftrag des Entwicklungsministeriums agiert. Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Information, Beratung und Koordination der Aktivitäten in Deutschland und des Förderprogramms zum Europäischen Jahr für Entwicklung (EJE), das aus EU-Mitteln finanziert wird und innovative und partizipative Informations- und Bildungsmaßnahmen zivilgesellschaftlicher Akteure unterstützt.

Besucher im Parlament

nach Brüssel, Schülerinnen und Schüler des Carolus-Magnus-Gymnasiums Marsberg kamen Mitte März nach Straßburg. Zudem durfte ich eine Gruppe der Gesamtschule Hagen-Haspe in Brüssel begrüßen. Mitte April werde ich eine Gruppe der Hannah-Arendt-Gesamtschule Soest im Brüsseler Parlament empfangen.

Am 2./3. März gab es eine Besucherfahrt nach Brüssel mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Märkischen Kreis und der Stadt Hagen. Neben einem Gespräch im Europäischen Parlament standen ein Besuch des Europäischen Rates und eine Stadtführung mit -rundfahrt auf dem Programm. Ende April plane ich eine weitere Besucherfahrt mit Gästen aus den Kreisen Soest und Hochsauerlandkreis nach Straßburg.

In den vergangenen Monaten kamen wieder viele Bürgerinnen und Bürger aus meinem Betreuungsgebiet und darüber hinaus nach Brüssel und dabei waren insbesondere einige Schülergruppen. Ende Februar kam eine Gruppe des INI Berufskollegs Lippstadt



Termine im Europäischen Parlament und vor Ort

Bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn Ende Januar ging es um das Thema „Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit“. Im Mittelpunkt standen Entwicklungen wie Pegida sowie die Wahlerfolge rechter Parteien in mehreren europäischen Ländern.

Im Rahmen eines Seminars des Arbeitskreises Europa der SPD Westliches Westfalen Mitte Februar ging es u. a. um Freizügigkeit und die Arbeitsmigration aus Drittstaaten. Ein Thema, das auch beim Neujahrsempfang der Kreishandwerkerschaft Märkischer Kreis eine Rolle spielte. Angesprochen wurde auch die Bedeutung des Meisterbriefes.

„Anders cool“: Unter dem Motto wurde im Februar eine Ausstellung über jugendliche Zuwanderer des Jugendmigrationsdienstes Soest eröffnet. Bei der anschließenden Diskussion ging es um persönliche Migrationserfahrungen der Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie um Migrations- und Asylpolitik. Die EU-Flüchtlings- und Asylpolitik stand auch im Mittelpunkt einer Veranstaltung des Arbeitskreises Europa der SPD in Bochum.

Die Delegation des Innenausschusses des Europäischen Parlaments nach Washington D. C. führte Gespräche u. a. zu den Themen Datenaustausch und Massenüberwachungsmaßnahmen.

Neben einer eigenen Veranstaltung im Rahmen des Internationalen Frauentags habe ich auch an einer Veranstaltung des Ver.di Bezirksfrauenrats sowie der Gleichstellungsbeauftragten und der Frauenberatungsstelle Arnsberg zum Thema Bekämpfung von Gewalt an Frauen teilgenommen.

Bei Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern der Pauli-Hauptschule in Soest und der Adolf-Reichwein-Gesamtschule in Lüdenscheid ging es u. a. um aktuelle europapolitische Themen und meine Arbeit als Europaabgeordnete.



Impressum

Verantwortlich

Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · 59494 Soest
Telefon: 02921 364738 · europa@birgit-sippel.de · www.birgit-sippel.de
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

Redaktion

Europabüro Birgit Sippel

Satz

ensemble»design, Soest/München

Fotos

Susie Knoll (für den SPD-Parteivorstand) · Europabüro Birgit Sippel · European Parliament / Audiovisual Services for Media · Europäische Union (www.europa.eu/eyd2015/de) · www.fotolia.de (genag6)

